

Viribus unitis.

Zum Weltkrieg¹.

3. Das Zweikaiserbündnis.

In einem ersten Artikel, Einleitung und Durchblick, versuchten wir die vierzigjährige Vorgeschichte des Weltkrieges nach zwei Gesichtspunkten zu fassen: Europapolitik der Großmächte, Weltpolitik der Weltmächte. War das Ergebnis der Europapolitik die französisch-russische Allianz wider den Dreibund, so ist das Ergebnis der Weltpolitik Englands Todfeindschaft wider Deutschland. Die Zusammenfassung vollzog Eduard VII., indem er die kontinentalen Gegner des Dreibundes in den Dienst der englischen Weltpolitik zu nehmen verstand. Den Weltkrieg hat König Eduard vorbereitet. Daß er 1914 ausbrach und nicht später, mag Rußland zu verantworten haben. Die entscheidenden Entschlüsse scheinen dort im Mai 1914 gefaßt worden zu sein².

Der Zweibund verteidigt an der Westfront das weltpolitische Interesse Mitteleuropas, an der Ostfront das kontinentale; dort wider die ozeanische Vorherrschaft Englands, hier wider die kontinentale Hegemonie Rußlands.

Niemand weiß, wie die politischen Weltbeziehungen im künftigen Frieden sich gestalten werden. Eines aber steht fest: der Zweibund wird bleiben. Ihm ist die weltgeschichtliche Aufgabe zugefallen, wie Franz v. Liszt es ausdrückt, „Kristallisationspunkt“ zu sein für einen „mitteleuropäischen Staatenverband“³. Der Wahlspruch *Er Majestät des Kaisers Franz Josef Viribus unitis* ist heute ein mitteleuropäisches Programm; er weist für die künftigen Friedenszeiten der internationalen Politik hohe Ziele: geschlossene Staatenverbände als haltbare Friedenshorter und standfeste Friedens-

¹ Vgl. im Januarheft S. 314—324.

² Vgl. u. a. Reichschatzsekretär Dr. Helfferich, „Die Entstehung des Weltkrieges im Lichte der Veröffentlichungen der Dreiverbandsmächte“ (als Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wiedergegeben in der Neuen Freien Presse 18 114, 27. Januar 1915, Morgenblatt S. 8; als Buchinhaltswiedergabe in der Frankfurter Zeitung Nr 26, 26. Januar 1915, Abendblatt; das Buch liegt uns noch nicht vor).

³ Ein mitteleuropäischer Staatenverband [Zwischen Krieg und Frieden, 2], Leipzig 1914, Hirzel, 30.

bürgen. In der Gegenwart ist aber zunächst dieses das Weltkriegsbild: der Zweibund umbrandet von Feinden. Nichts ist im Augenblick so berechtigt, als jeder Versuch, ihn nach seiner geschichtlichen Eigenart und seiner eigenartigen Geschichte zu würdigen. Geschieht dieses hier im Licht jenes kaiserlichen Wahlspruchs, kommt dabei sonach der österreichische Standpunkt zu stärkerer Geltung, so dürfte dies bei der Innigkeit des Bündnisses auch Reichsdeutschen nicht unwillkommen sein.

* * *

Die erste Eigenschaft des Zweibundes und des Dreibundes ist ihr Einklang mit den Bestrebungen des Pazifismus gewesen. Wie zahlreich und verschiedenartig waren die Friedensbürgschaften, die zum Weltkrieg führten! Keine neue Kanone, die nicht als Friedensbürgschaft gepriesen worden wäre; keine Militäranleihe, von der man nicht sagte, sie verzinse sich als Friedensbürgschaft. Vom allgemein geschichtlichen Standpunkt wird man aber sagen müssen, daß es in alten und neuen Zeiten kaum jemals Bündnisse gegeben hat, so geeignet, dem Weltfrieden Zugänge zu öffnen, als den Zweibund und Dreibund. Vom Weltfriedensmanifest Zar Nikolaus' II. wird die Geschichte nicht viel mehr behalten als die ironische Erinnerung an den irednischen Versuch Osteuropas, die Welt mit Kultur zu überziehen. Dagegen haben die Haager Verhandlungen und Beschlüsse trotz allem bleibenden Wert. Auch die idealen Bestrebungen der Friedensfreunde finden verdiente Anerkennung, obgleich in der Politik vom Idealen zum Ideologischen nur ein Schritt ist. Bismarcks Allianzenystem aber war ein in der Welt politischer Wirklichkeiten errichteter Wegweiser zum Weltfrieden, war es aus diesen Gründen.

Politische Heimlichkeiten müssen Befürchtungen wachrufen, was wohl im Anzuge sei; ein Bündnis, wie der Zweibund, dessen Text vor aller Welt aufgedeckt daliegt, soll und muß alle Nachbarn beruhigen, Neutrale und Gegner.

Allianzen ferner ohne Dauerfrist sind für einen bestimmten Fall, für eine einzelne Unternehmung geschlossen; erfolgte von dritter Seite keine akute Drohung, so legen sie den Verdacht nahe, daß sie Angriffszwecken dienen. Aber langfristige Bündnisse, deren Erneuerung zudem nach Ablauf in Aussicht genommen ist, bringen notwendig etwas Bleibendes in die internationale Politik, sind Bürgschaften, wenn nicht des Friedens, so doch der Ruhe und Stetigkeit.

Wenn nun überdies solche Bündnisse weltkundig reine Abwehrblinde sind, erscheinen sie an sich als langfristige Friedensbürgschaften; dazu kommt, daß sie es den Nachbarn erschwerten, Angriffspolitik zu treiben.

Solche völkerrechtliche Verbände sind endlich weder wissenschaftliche Lehrsätze, noch fromme Wünsche, noch verstiegene Schwärmereien, sondern handfeste Tatsachen.

Aus diesen Gründen erhellt, daß der Dreibund Bahn brechen konnte für das pazifische Ideal der völkerrechtlich verbundenen Vereinigten Staaten von Europa. Jedem Staat, der in kontinentaler Rücksicht auf alle und jede Eroberungspolitik verzichtete, stand der Beitritt offen. Will man die Gegenprobe machen? Der Friede Europas wäre aller Wahrscheinlichkeit nach auf unabsehbare Zeit gesichert gewesen, wenn Frankreich dem Dreibund sich angeschlossen hätte, lediglich in Fragen der europäischen Politik, lediglich mit allseitigen Neutralitätserklärungen in Konfliktfällen zwischen Verbündeten und Außenstehenden. Nichts konnte dem Anschluß Frankreichs im Wege stehen, als daß man auf Eroberungs- und Wiedereroberungsabsichten nicht verzichten wollte. Nun hat man, wie gesagt, alles mögliche als Friedensbürgschaft bezeichnet, Eroberungspolitik aber als Friedensgarantie zu frisieren, wäre eine unmögliche Kunstleistung. Übrigens liegt im Wesen der französisch-russischen Allianz alles eher als Weltfriedensliebhabertum. Als man sich fand, schrieb Tolstoi etwa so: Französische Seeoffiziere kamen nach Kronstadt; aßen und tranken, hielten und hörten Reden. Russische Seeoffiziere kamen über Toulon nach Paris; aßen erst recht und tranken nicht minder, hielten und hörten noch hitzigere Reden. Seitdem heißt es immer und überall, wir liebten uns. Diese Liebe ist eine merkwürdige Liebe. Sie ist nämlich nichts als Haß. Zudem ist jeder der Bestandteile dieses Bündnisses ein Friedenshort von fraglicher Güte.

Bekanntlich wird Napoleon I. das Wort zugeschrieben, nach Ablauf von soundsoviel Jahren werde Europa entweder republikanisch oder kosakisch sein. Der Ausspruch ist wenig glaubhaft überliefert, hat im Zusammenhang eine andere Bedeutung, entbehrt der apodiktischen Weissagungsform, der zuliebe die Erfüllungsfrist gestreckt wurde. Nach dem überlieferten Wortlaut in zehn Jahren von 1816 gerechnet; bald hieß es, zehn Jahre nach seinem Tod, oder 50 oder 100. Immerhin sind geflügelte Worte an Metamorphosen gewohnt und unsterblich. Jüngst hat jemand an dieses Zukunftsbild republikanisch oder kosakisch die geistreiche Bemerkung geknüpft, „daß hundert Jahre nach seinem Tod die französische Republik

kosakisch sein werde, auf diese ungeheuerliche Idee wäre selbst die kühne Phantastie Napoleons nicht verfallen" ¹. Allein die Sache hat noch eine andere Seite. Die erste, die große, die glorreiche Republik war ja vom Eroberungskriegstaumel geradezu beseffen gewesen. Als gekränkte Unschuld begann man mit einem Abwehrkrieg. Ehe man sich dessen versah, wurde ein Krieg um bessere Grenzen daraus; dann ein Befreiungskrieg der Nachbarn, der diese befreite, brandschakte, einverleibte; endlich der europäische Propagandakrieg des entfesselten Jakobinertums schwersten Kalibers, der erste grundsätzliche Weltkrieg.

Niemand kannte die jakobinische Republik besser als Napoleon; war sie doch seine politische Mutter, ob sie gleich den Namen seiner leiblichen, „*Mätitia*“, nicht verdiente. Er wußte auch gar wohl, daß es ihm möglich gewesen wäre, nach Waterloo den Jakobinismus loszulassen, und daß er das nicht gewollt hat. Wenn er auf St Helena sagte, vielleicht ist Europa in einigen Jahren im Begriff, republikanisch zu werden, und das könnte irgendwie ihm eine Rückkehr ermöglichen oder zu einer Rückberufung führen, so dürfte ihm der Wiederlosbruch des Propagandakrieges vorgeschiebt haben. Wie dem sei, die Friedfertigkeit der Republik kann man kennen. Sie ist ihres kosakischen Partners wert. Der hat es auch fürder gut vor. Den jüngsten Beitrag zum Weltfriedensmanifest Nikolaus' II. lieferte der verantwortliche Leiter der russischen Außenpolitik, wenn er im sechsten Monat des Weltkrieges einen Blick in die Zukunft warf und zu einem englischen Journalisten sagte: „Ich hoffe, daß die Engländer entschlossen sind, nach dem Krieg ein noch stärkeres Heer zu haben.“ ²

* * *

Als weitere Eigenschaft des Bundes der Zentralmächte erscheint, daß er naturgemäß, ja naturnotwendig ist, obgleich die verbündeten Nachbarstaaten grundverschiedenen Wesens sind, im Zeitalter des äußersten Nationalismus, was innere Fragen betrifft, entgegengesetzte Daseins- und Wohlfahrtsbedingungen haben.

Als naturnotwendig muß das Bündnis der Zentralmächte angesehen werden, eben weil sie beide allein europäische Zentralmächte sind; alle andern sind periphereische Großmächte. Deshalb bedroht auch sie allein

¹ G. Engelsmann (Wien) im Pester Lloyd, daraus in der Frankfurter Zeitung vom 5. Januar 1915, Abendblatt.

² Aus der Wossischen Zeitung in der Neuen Freien Presse 18101 vom 22. Januar 1915, Morgenblatt.

die Möglichkeit eines Dreifrontenlandkrieges gegen benachbarte Großmächte. Durch ihr Bündnis, und nur durch ihr Bündnis, schaltet diese Gefahr beiderseits vollkommen aus. Dieser Grund ist bereits im einleitenden Überblick hervorgehoben worden, und auch, daß keiner für Bismarck so maßgebend war wie dieser. Seitdem hat der Weltlauf nicht stille gestanden. Zu der angegebenen, eigentlich negativen Rücksicht kommen weitere und positive Ziele der Außenpolitik beider Großmächte, aus denen sich volle Gemeinsamkeit der Wohlfahrtsbedingungen ergibt.

Die weltwirtschaftliche Überlegenheit der ozeanischen Mächte, zumal die Hegemonie Englands, drückt Mitteleuropa in weltwirtschaftliche Abhängigkeit. Die freie, ungehinderte, gleichberechtigte Weltstellung des Deutschen Reiches neben den vier ozeanischen Weltmächten ist ein mitteleuropäisches Interesse und besonders ein solches der Donaumonarchie¹. Denn sie hat keine andere Möglichkeit, an Weltmachtstellung Anteil zu haben, als durch den Anschluß an das Deutsche Reich, das in der Weltpolitik die Vormacht Mitteleuropas geworden ist.

Anderseits ist es ingleichem ein mitteleuropäisches Interesse, daß die Russifizierung der Balkanhalbinsel verhindert werde und freie Wege nach Südosten offen stehen. Dazu kommt, daß die gemeinsame Frontstellung gegen Osteuropa, in der mitteleuropäischen Kulturgeschichte tief begründet, ein geschichtliches Erbe darstellt und mit dem Ursprung beider Großmächte verbunden ist. Wegen der intimen Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg, die durch lange Jahrzehnte bestanden, wegen der gleichfalls langwährenden Spannung, die der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland verursachte, mag es geschehen sein, daß der gleichartige Ursprung Preußens und Österreichs nicht gar lebhaft im Bewußtsein der Gebildeten sich zu finden scheint. Beide entstanden als Marken, als wehrhafte Grenzschutzgebiete deutscher Kultur gegen Osteuropa, als Ausgangspunkte der Verbreitung jener mitteleuropäischen Kultur, in deren Interessensphäre sowohl Skandinavien wie Ungarn, Polen und andere Westslawen seit den Anfängen der mitteleuropäischen Kulturepoche eingetreten und einbezogen sind.

Auf ein anders geartetes europäisches Interesse, das verbunden ist mit dem Kampf, den Österreich-Ungarn jetzt um seine Existenz führt, hat jüngst

¹ Über die Solidarität der Interessen des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns im gegenwärtigen Krieg handelte ein vortrefflicher Artikel in Danzgers Armeezeitung XIX, 49, 10. Dezember 1914, S. 4 f.

Univ.-Prof. Dr. Brodthausen hingewiesen. Er nennt es die „Symbiose“ verschiedener Völker im gleichen Staat. Nur wenn hierfür die Formeln und Formen bereit liegen und Anwendung finden, Nachbarvölker verbindende Formen und versöhnende Formeln, sei Aussicht auf einen inneren und äußeren „Dauerfrieden“ der Völker und Staaten. Sehr zutreffend schreibt er, die Donaumonarchie erbringe jetzt den Beweis, daß eine staatliche Organisation, die oberhalb der Nationen steht, in einem Existenzkampf ohnegleichen sich zu behaupten imstande sei. „Das Nebeneinanderleben Gleichberechtigter bedeutet den Sieg des österreichischen Staatsgedankens und seine Anwendung auf Europa.“ „Deshalb dürfen wir kühn sagen: mit uns steht und fällt nicht nur das eigene Haus, mit uns steht und fällt zugleich Europa. Deshalb ist unser Kampfziel nicht bloß Selbsterhaltung, sondern . . . Erzielung des europäischen Dauerfriedens.“¹ Vernehmen wir noch eine reichsdeutsche Stimme.

H. Onden erinnert daran, daß die Rechnung auf den Zerfall des Donaureiches, „welche an manchen Stellen erst den Mut zum Weltkrieg gemacht hat“, sich als trügerisch erwies. „Das Entscheidende war, daß die große Stunde die Völker der Monarchie einig und treu fand.“ „Die große Lehre des Krieges wird sein, daß die Völker aufeinander angewiesen sind, in Tod und Leben und trotz alles erbitterten Haders zusammengehören; und auch hier steht zu hoffen, daß die alten Formen des politischen Kampfes nach dem Krieg nicht wiederkehren. Denn hoch über den Nationalitäten erhebt sich wie überall in der Welt, in Österreich-Ungarn aber am mahndendsten, die ethische Bedeutung der Staatsgemeinschaft mit ihrer stolzen Vergangenheit und lebendigen Gegenwart.“² Die vom Verfasser unterstrichenen Worte sind in der Tat von großem Gewicht. So hoch die Einheit von Blut und Sprache steht, hoch über sie erhebt sich das Ethos, erheben sich die Forderungen der Gerechtigkeit und der Liebe. Gleichberechtigung für sich verlangen kann jeder, der erste beste. Gleichberechtigung immer und überall im Leben durch Taten andern gewähren, das kann nur der vollkommene ethische Edelmann. Jedermann weiß aber, wie schwer es hält, im politischen Parteigetriebe eine überwältigende Majorität von vollkommenen, ethischen Edel Männern zusammenzubringen und beisammen zu halten. Im Kriege dagegen, wie denkwürdig

¹ Unser Kriegsziel, Neue Freie Presse 18 111, 24. Januar 1915, Morgenblatt.

² Die Zukunft unserer Bundesgenossenschaft, Neue Freie Presse 18 088, 1. Januar 1915, Morgenblatt.

das ist, im Kriege sahen wir sie in ganzen Armeekorps aufziehen. Und das führt zu der gerade vom historischen Standpunkt auffallendsten Eigenart des Bündnisses, zu dessen ethischer Vertiefung in der Volksseele hüten und drüben. Im Gewebe eines völkerrechtlichen Staatenverbandes ist ein solcher Einschlag von Brüderlichkeit kaum jemals vorgekommen. In Berlin und in Wien werden Familien, deren Ernährer zu den Fahnen gerufen wurden, unterstützt, gleichviel ob es sich um österreichisch-ungarische Staatsbürger handelt oder um Reichsdeutsche. Mit vollkommener Einmütigkeit wetteifert die Presse beider Reiche in feinsinniger Bündnistreue. Kein Mißton ist uns bekannt geworden. Ungemein taktvoll behandelte die reichsdeutsche Presse z. B. den unerwarteten Wechsel am Ballplatz zu Wien. Auch die nichtdeutsche Presse der Donaumonarchie ist ganz vom Gedanken der Solidarität beider Reiche beherrscht. Das tschechische Blatt *Hlas Národa* z. B. bekundete dies unentwegt und so nachdrücklich, daß seine Ausführungen wiederholt von deutschen Blättern wiedergegeben worden sind. Die „*Rölnische Volkszeitung*“, die durch alle die Jahre dem Bündnis die größte Sympathie entgegenbrachte, hat unmittelbar vor Ausbruch des Krieges mit Serbien der mitteleuropäischen Interessengemeinschaft lebhaften Ausdruck gegeben¹. Die Wiener „*Reichspost*“ schrieb in ihrem Glückwunschartikel vom 27. Januar 1915:

„Und eines würdigt der Österreicher mit besonderer Ehrfurcht an diesem Herrscher, sein Mittleramt, das historisch Gewordene mit den Forderungen einer neuen Zeit zu versöhnen und zu heilsamen Leistungen fortzuentwickeln zur Ehre und zum Wohlergehen des Reiches. Dann seine streng christliche Auffassung des Herrscherberufes. Wenn Kaiser Wilhelm wiederholt öffentlich betont hat, daß er ein Monarch von Gottes Gnaden sei, so sieht das deutsche Volk darin keine Überhebung, sondern ein ausgeprägtes Verantwortlichkeitsgefühl Gott, dem höchsten aller Herrscher, gegenüber. Ihn zeichnet echt christliche Lebensauffassung aus, und unvergesslich bleibt das feierliche Gelöbnis Kaiser Wilhelms in Aachen, sich und sein Haus unter Gottes Schutz zu stellen, unversehrt aber auch, daß er an seine Söhne die Mahnung richtete, in der Nachfolge Christi das Ideal eines christlichen Lebens zu suchen.“

Wie richtig der Verfasser die deutsche Volksseele versteht, ergibt sich aus dem Glückwunschartikel der „*Frankfurter Zeitung*“ vom gleichen Tage²:

¹ Nr 679, 30. Juli 1914.

² In beiden Artikeln ist der Sperrdruck von uns; er wurde angewendet, um das Übereinstimmende hervorzuheben.

„Man mag über eine Auffassung, die in einer Privatsache, nämlich in tiefer Religiosität, ihre Wurzeln hat, denken wie man will, aber das muß sich doch jeder verständige Mensch sagen, daß ein Mann, der vermöge seiner Grundanschauung eine ungeheure Verantwortung auf sich lasten fühlt, die sein Pflichtbewußtsein aufs äußerste schärft, unmöglich der Mann sei, der leichten oder gar bösen Herzens die Riesen-tragik eines Weltkrieges heraufbeschwören würde. Alle Tatsachen sprechen dafür, die lange Friedenszeit, in der Deutschland mehrmals gute Gelegenheit gehabt hätte, den einen und den andern der heutigen Gegner anzufallen, die Bemühungen des Kaisers um die Erhaltung des Friedens in den Juli-Depeschen, die wahrhaftig Dokumente des guten Willens sind. Daß uns dann die Verhältnisse zwangen, die erste Kriegserklärung abzugeben, war von unsern Gegnern geschickt gemacht. Sie mögen das weiter für ihre Verlogenheit nutzen, aber sie mögen auch wissen, daß die Einmütigkeit der stürmischen Begeisterung, mit der Deutschland in den Krieg eintrat, nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht allenthalben im Deutschen Reiche die Überzeugung bestünde, daß in der Frage nach der Schuld an dem Kriege wie das Volk so der Kaiser rein dasteht vor seinem Gewissen und dem Höheren, dem er sich verantwortlich fühlt.“

Überflüssig möchte es sein, von der Kraft und Innigkeit zu reden, welche die eigentliche Waffenbrüderschaft beseelt. Jeder Tag bringt ja Beweise dafür. Nur einige Sätze aus einem österreichischen Feldpostbrief seien erwähnt, den ein Mitkämpfer uns als besonders wohlgelungene Schilderung der Lage bezeichnete. Er bezieht sich auf die Kämpfe um Petrikau (Petrofow): „Eine so vollständige Vermischung deutscher und österreichischer Truppen, wie sie hier stattfand, hatten wir vorher nicht gesehen. Wie kämpften heute Österreicher unter deutschem Kommando, morgen Deutsche unter österreichischem, als ob wir seit jeher eine Armee wären. Das Einvernehmen und die gute Waffenbrüderschaft wurde auch keinen Moment durch irgendwelche kleine Reibereien getrübt. Ganz im Gegenteil; unsere gegenseitige Hochachtung steigerte sich von Tag zu Tag.“¹

Im Flugblatt, das als Weihnachtsgruß der k. u. k. österreichisch-ungarischen Armee an das deutsche Heer versendet worden ist, hieß es zum Schluß: „von den Masurischen Seen bis zu den Karpathen ein Heer,

¹ Neue Freie Presse 18 093, 6. Januar 1915, Morgenblatt, S. 15.

ein Geist, ein einziger Herzschlag. Wie Euer großer Kaiser sprach: durch Not und Tod zum Sieg.“¹

Oder wie der greise Kaiser von Österreich bei seinem Regierungsantritt gesagt hat: viribus unitis.

* * *

Vor 300 Jahren ist eine antihabsburgische Koalition im Werden gewesen, die von London bis Konstantinopel reichen sollte, quer durch den Weltteil. Der heimliche Ränkespinner war Henri de la Tour d'Auvergne, Fürst von Sedan, der Vormund Friedrichs V., des Kurpfälzers und nachmaligen Winterkönigs. Ein Gesandter ging unter einem beliebigen Vorwand in die Erblande ab. Er sollte die Stimmung erkunden und getreulich berichten. Was er zu sagen fand, war: allenthalben Sonderbestrebungen; stirbt der alte Kaiser, so geht alles auseinander.

Vor zwei Jahren ist die Koalition schon fertig gewesen, die von London über Brüssel nach Petrograd reichte und retrograd über Belgien und Paris nach Downing Street. Ein Herr vom „Matin“, Jules Hedemann, bereifte Mitteleuropa. Den Grundsatz: „Willst du den Frieden, bereite den Krieg“, befolgte er umgekehrt: Willst du den Krieg, bereite den Frieden. Denn er zog mit pazifistischer Werbetrommel einher. Die Eindrücke waren in seinem Sinn die günstigsten. Sogar in Berlin, wie erst in Wien, sah er unüberbrückbare Gegensätze der Parteien. Die Reichseinheit von den Alpen zur Nordsee erschien ihm als fragliche, als imaginäre Größe die von Bodenbach bis Cattaro und von Bregenz bis Czernowitz. Beim ersten Anstoß folge Einsturz, so wählte man auch an der Nawa und sprach im dortigen Kriegsministerium es als Selbstverständlichkeit aus: Österreich muß vernichtet werden. Genau das nämliche schrieb 66 Jahre früher ein anderer Russe. Nur war dieser nicht Kriegsminister Seiner autokratischen Majestät, sondern ein Anarchist, Bakunin. Seine Schrift erschien im Späthjahr 1848, kurz vor dem Thronwechsel in Olmütz.

Zu den größten Reichskrisen, die den habsburgischen Länderverband im Zeitenlauf immer wieder bedräuten, gehört ohne Zweifel die der Revolutionsjahre in der leztvergangenen Jahrhundertmitte. Auflösung und Trümmerfall schienen unabwendbar, als Radezkys Standarten der Dichtergruß zuslog: „In deinem Lager ist Österreich, wir anderen sind einzelne Trümmer.“ Mit dem Ereignis vom 2. Dezember lichte sich der

¹ Vgl. Bölnische Volkszeitung Nr 64, 22. Januar 1915.

Himmel, die Gewitter waren aber noch lange nicht verzogen; die Verheerungen, welche die Stürme angerichtet hatten, ließen die Zeitgenossen in chaotisch gewordene Zustände blicken.

Drei Grundlagen der mitteleuropäischen Ordnung schienen aus den Fugen gewichen oder gar in offene Abgründe zu versinken: die Verbindung Deutschlands und Österreichs, die monarchische Einheit der österreichischen Erblande und die Reichseinheit des Kaisertums Österreich. In Frankfurt hatte man eben Beschlüsse gefaßt, die Österreich aus Deutschland ausschlossen. In Kremser schmiedete man an solchen, welche das Monarchenrecht aufhoben. In den mehrsprachigen Kronländern hub der Nationalitätenzwist an. Allenthalben Zersplitterung der Kräfte, Aufeinanderprallen verfeindeter Volkskräfte.

Mitten in diesem Reichschaos, Verfassungschaos, Völkerfeindschaftschaos gab der neunzehnjährige Herrscher am 12. Februar 1849 durch kaiserliche Entschließung kund, daß er als Wahlspruch erkoren habe viribus unitis.

Dem Überblick über die sechseinhalb Jahrzehnte seines kaiserlichen Waltens bieten sich einige Gipfel der verwinkelten Entwicklung dar. Der Kaiser hielt in beständig geprüfter, nie ermüdender Geduld an seinem Wahlspruch fest. Ruhig und ständig schaffte er. Seiner selbst sicher, was immer kommen mochte, weil er auf Gott, auf sein Heer, auf seine Völker vertraute. Dieses selbstsichere Vertrauen ist der Grundton seiner Manifeste, vom ersten am Tage des Regierungsantritts bis zum Kriegsmanifest vom 29. Juli 1914. Und allmählich verwirklichte er den Einklang von Monarchenrecht und den Volksrechten, die er verlieh. Eine Reichsverfassung wurde mit vereinten Kräften zustande gebracht, die grundsätzliche Vereinigung von Reichseinheit und Völkergleichberechtigung angestrebt und mit jener nie erlahmenden Geduld gefördert. Der oberste Kriegsherr wandelte sein Heer in das „Volk in Waffen“ um, „Völker in Waffen“ stellt es dar. In kaum gestörtem Frieden hegte und hütete er es durch mehr als vier, fast fünf Jahrzehnte. Als er seine Völker dann zu den Waffen aufrufen mußte, standen sie auf wie ein Mann. Die K. und K. Armee, die Völker in Waffen standen da als Verkörperung des kaiserlichen Wahlspruchs viribus unitis. Die Armee gab dem feindseligen wie dem kleinmütigen Fragen weithin vernehmbare Antwort:

„Antwort gibt im Felde dort,
Faßt, die festgeballte,
Antwort gibt dir nur ein Wort,
Jenes Gott erhalte!

Berge sind ein schwacher Wall,
Haben Kluft und Spalte:
Brust an Brust und Volk bei Volk
Schallt es: Gott erhalte!"¹

Wurde das Verfassungschaos mit vereinten Kräften in die Reichsverfassung umgewandelt, dem nationalen Chaos Reichseinheit und Gleichberechtigung entgegengesetzt und die Forderung, daß beide mit vereinten Kräften Pflege fänden, so hat auch die Reichsfrage Deutschland und Österreich betreffend im Sinn des kaiserlichen Wahlpruchs ihre Lösung gefunden. Von den Frankfurter Ausschlußbeschlüssen, von Schwarzenbergs 70 Millionenreich führen beschwerliche Wege durch tiefgreifende Wandlungen und schmerzliche Vorgänge zum 7. Oktober 1879. Fortab aber konnten Deutschland und Österreich wie seit unbordenklicher Zeit getrost und gefestigt der Zukunft entgegensehen und entgegengehen viribus unitis.

* * *

Der Abschluß des Bündnisses begegnete auf österreichischer Seite keiner Schwierigkeit, um so größeren auf preussischer Seite. Umgekehrt begleitete dessen Fortbestand auf reichsdeutscher Seite kaum je abträgliche, nörgelnde Kritik von erheblichem Belang, während von slawischer Seite in der österreichischen Delegation sie sich fast regelmäßig einfand, zuweilen auch sich in den Reichsrat verirrte, dort wohl gelegentlich Überschwänge auf der Gegenseite veranlaßte, die wiederum von reichsdeutscher Seite abgeschüttelt wurden, sowohl amtlich, wie meistens auch journalistisch. Stücke wie Mommsens Brief vom 31. Oktober 1897 in der „Neuen Freien Presse“, der in wilden Worten zum Bürgerkrieg aufforderte, sind einsame Erscheinungen. Übrigens mag auch in historischen Erwägungen dem Burgfrieden Raum gegeben werden.

Die unmittelbare Vorgeschichte des Bündnisabschlusses ist durch eine Verkettung von Umständen zu einem Drama von eigenartiger Größe und Wucht geworden. Die Andeutungen in Bismarcks „Erinnerungen“ gaben die Umrisse. Seitdem sind neue Aufschlüsse dazu gekommen.

Im August 1879 tritt Alexander II. seinem Oheim Kaiser Wilhelm I. schroff entgegen und bemüht sich, ihm das eigene Mißtrauen gegen Bismarcks Politik einzusößen. Kaiser Wilhelm sucht zu begütigen und läßt sich zu einer Begegnung bestimmen. Alexander II. benützt diese zu einer

¹ Hugo v. Hofmannsthal, Neue Freie Presse 17990, 24. September 1914, Morgenblatt.

nachdrücklichen Rührszene, die auf Kaiser Wilhelm ihren Eindruck nicht verfehlt. Alle Wolken sind geschwunden, alle Schatten gebannt. Man schied, ein Herz und eine Seele. Mittlerweile hatten Bismarck und Andrassy den Text des Bündnisses fertig gestellt, dessen erster Artikel für den Fall eines russischen Angriffes auf eine der benachbarten Großmächte deren Armeen zu gemeinsamer Abwehr verpflichtete und bis zum gemeinsamen Frieden vereinigte. Man begreift, daß es Kaiser Wilhelm I. schwer werden mußte, gerade in diesem Augenblick seine Zustimmung zu geben.

Zarskoë Selo 3./15. August 1879 ist der Brief des russischen Kaisers an Kaiser Wilhelm datiert, von dem Bismarck sagte, wollte man in gleichem Ton antworten, so müsse man auf den Krieg gefaßt sein. Zu den ernststen, fast drohenden Beschwerden über den Rußland feindlichen Zug der preussischen Politik kamen empfindliche Spitzen zunächst gegen Bismarck, als triebe er diese Politik nur aus gereizter Abneigung gegen Gortschakow. In das schmerzliche, fast bestürzte Erstaunen über diesen Brief fiel die Nachricht von Andrassys bevorstehender Demission. Daraus ergab sich für Bismarck in der oft erwogenen Bündnisfrage ein Jetzt oder nie; mit Andrassy konnte und wollte Bismarck abschließen, ob auch mit dem unbekannten Nachfolger, das dünkte ihm zweifelhaft. Eile war deshalb geboten. Die Verfügungen für die folgende Zeit waren getroffen. Auf seiten des Kaisers ist ein Aufenthalt in Baden-Baden geplant, später die Anwesenheit bei den Herbstmanövern in Ostpreußen. Auf seiten Bismarcks Kissingen und Gastein. Eine Zusammenkunft Bismarcks mit Andrassy in Gastein wurde verabredet; Bismarcks Rückfahrt über Wien in Aussicht genommen. Schon diese fand nicht gleich die Zustimmung Kaiser Wilhelms.

Bismarcks Antwortkonzept auf den Brief Alexanders II. war maßvoll und begütigend, entbehrte nicht der Herzlichkeit, die geneigt ist, Erübungen auf Mißverständnisse zurückzuführen, entbehrte aber ebensowenig des Hinweises auf die russischen Rüstungen. Es geschah ohne Bismarcks Vorwissen, daß Feldmarschall Manteuffel mit der Antwort Kaiser Wilhelms nach Warschau gesendet wurde. Er war am russischen Hof hochwillkommene Persönlichkeit und eine Sendung dahin ihm der willkommenste Auftrag. Es ergab sich von selbst, daß eine Aussprache der Herrscher, was etwa noch an Mißverständnissen da war, beseitigen mußte, und da Kaiser Wilhelm doch demnächst in den Norden kommen sollte, wurde Alexandrowo vorgeschlagen. Noch während Manteuffels Anwesenheit in Warschau kam die

Zusage Kaiser Wilhelms. Bismarck erfuhr sie als vollendete Tatsache. Unmittelbar nach der Begegnung (3. September 1879) wird wahrgenommen, daß Kaiser Wilhelm davon in höchstem Maß befriedigt und geradezu beglückt war, daß alle Störungen des intimen Verhältnisses beseitigt schienen.

Und das war nun der Moment, in dem Andrassy zähfest daran festhielt, daß der Monarchie nur gedient sei, wenn Rußland als eventueller Angreifer im Bündnistext ausdrücklich genannt werde. Bismarck konnte die Richtigkeit dieser Ansicht nicht bestreiten, teilte sie vielmehr vom Standpunkt der deutschen Reichspolitik. An dem Hintergrund dieser in Umrissen skizzierten Situation heben sich nun die gewaltigen Sätze in Bismarcks „Denkwürdigkeiten“ ab:

„Der Abschluß eines Vertrages, dessen wenn auch defensives doch kriegsrisches Ziel ein Ausdruck des Mißtrauens gegen den Freund und Neffen war, mit dem er eben in Alexandrowo von neuem unter Tränen und in der vollsten Aufrichtigkeit des Herzens die Versicherungen der althergebrachten Freundschaft ausgetauscht hatte, lief zu sehr gegen die ritterlichen Gefühle, mit denen der Kaiser sein Verhältnis zu einem ebenbürtigen Freunde aufsaßte. . . .“ Alle Erwägungen, die Bismarck Kaiser Wilhelm unterbreitet habe, seien ohne die gewünschte Wirkung geblieben. „Um die Zustimmung zu dem von mir mit Andrassy vereinbarten und von dem Kaiser Franz Josef unter der Voraussetzung, daß Kaiser Wilhelm daselbe tun würde, genehmigten Vertragsentwurf herbeizuführen, war ich genötigt, zu dem für mich sehr peinlichen Mittel der Kabinettsfrage zu greifen.“ Kaiser Wilhelm habe versprochen, den Vertrag zu ratifizieren, „nur aus Abneigung gegen einen Personenwechsel im Ministerium“. „In seinem ritterlichen Sinn hielt Kaiser Wilhelm I. es für erforderlich, den Kaiser von Rußland vertraulich darüber zu verständigen, daß er, wenn er eine der beiden Nachbarmächte angriffe, beide gegen sich haben werde, damit Kaiser Alexander nicht etwa irrtümlich annehme, Österreich allein angreifen zu können. . . .“¹ Der Brief, in dem das geschah, ist vom 4. November 1879 datiert. Er trägt den Bismarckschen Meisterschaftsstempel schon in dem so bezeichnenden Wort, das deutsch-österreichische Bündnis sei bestimmt, „die Leere auszufüllen, die durch die Auflösung des Deutschen Bundes entstanden sei“². Die Geschichte des Bündnisses ist zweigeteilt. In dem einen Geleis fährt die diplomatische, im andern die parlamentarische und journalistische Bündnisgeschichte.

¹ Die Stellen finden sich Band II (1898) 246 ff.

² Forst Rohl, Wegweiser 168.

Die bekannten Höhenpunkte der diplomatischen sind die Erweiterung zum Dreibund (1882), die Erneuerungen bis zur letzten am 5. Dezember 1912, nach der „Tribuna“ mit einer Geltungszeit bis 1919; ferner die Veröffentlichung des Zweibundvertragstextes, die am 3. Februar 1888 in Berlin, Wien und Budapest erfolgte. Über allen diesen Vorgängen, die nur ein urkundliches Interesse haben, steht der Erweis von Bundestreue, den Kaiser Wilhelm 1890 gab, und der des Kaisers Franz Josef 1907 und 1908. Jener bestand in der Weigerung, die russische Rückversicherung zu erneuern¹; dieser darin, daß König Eduards Bemühungen völlig vergeblich waren, als er „alle Minen springen ließ“², um Österreich für die Einkreisung zu gewinnen. Wichtige Ereignisse in der Bündnisgeschichte sind die Konferenz von Algieras mit dem Telegramm Kaiser Wilhelms an den Grafen Goluchowski (veröffentlicht am 13. April 1906), darin die glänzenden Sekundantendienste Anerkennung fanden und Bereitschaft für jeden Gegendienst zum Ausdruck kam. In der bosnischen Krise wurde dieser geleistet, als das Deutsche Reich sich in „schimmernder Wehr“ neben den Bundesfreund stellte, wie Kaiser Wilhelm am 21. September 1910 im Wiener Rathaus gesagt hat.

Wir erwähnten die von Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1879 gebrauchte Wendung von der Ausfüllung der Leere, die nach der Auflösung des Deutschen Bundes geblieben war, durch eben das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn. Die wiedergewonnene Einheit kam 1908 am 7. Mai zu großartiger Darstellung, als Kaiser Wilhelm II. an der Spitze der deutschen Bundesfürsten zu Schönbrunn die Glückwünsche des Deutschen Reiches zum Regierungsjubiläum Kaiser Franz Josefs aussprach. „In Kaiser Wilhelm steckt ein starker großdeutscher Einschlag, der das Bündnis mit Österreich für ihn mit der Wärme deutschen Gemütslebens erfüllt“, so bemerkte Prof. Dr. Künzel in der Festrede vom 27. Januar 1915, die er bei der ersten Kaiserfeier der neuen Frankfurter Universität gehalten hat³.

Auf die parlamentarische Geschichte des Bündnisses kann hier nicht eingegangen werden. Eine chronologische Übersicht erschöpfe mit endlosen Wiederholungen Tiefbrunnen von Langweile. Denn nicht bloß wurde dafür und dawider in der Sache unentwegt von Jahr zu Jahr das nämliche

¹ Vgl. diese Zeitschrift LXXXVIII (1914) 81 f.

² F. v. Bifaj, Deutsche Reden in schwerer Zeit 10 20.

³ Vgl. Frankfurter Zeitung Nr 28, 28. Januar 1915, Morgenblatt 1, S. 3.

gesagt; was da gesagt wurde, stand zudem zumeist schon vorher in der Presse mit gewohnter Auswalzung in die Breite. Für die Vertreter des auswärtigen Dienstes ist es keine kleine Aufgabe gewesen, den unveränderten Fortbestand des Bündnisses Jahr für Jahr von neuem zu betonen. Gesah das in den nämlichen Formeln, so entbehrten diese allgemach aller Frische und Ursprünglichkeit; geschah es in neuen, so mußte man darauf gefaßt sein, daß sie auf die feinsten Wagen gelegt und mikroskopisch untersucht und chemisch zerteilt würden. Für einen so vornehmen Redner wie Fürst Bülow hat das eintönig Herkömmliche eine zu nahe Verwandtschaft mit dem Gemeinplatz, als daß er sich daran zu erfreuen vermöchte. Er prägte einen neuen Ausdruck¹, der seitdem große Volkstümlichkeit erlangte: die Nibelungentreue, durch die Beziehung auf Rhein und Donau besonders gehaltvoll. Der Urgeist Deutschlands soll im Bündnis auferstehen und deutsche Treue sich heldenhaft bewähren: viribus unitis.

¹ Reichstagsrede, 29. März 1909. O. Höpf, Fürst Bülows Reden 3 (1909) 187.

Robert v. Rostk-Miened S. J.